Blickpunkt

EU-Wirtschaftspolitik: Wider die Schuldenspirale

[26-03-2013 - 17:20]

Die EU-Ab eordneten wollen eine weitere Finanzkrise vermeiden. Ende 2010 verabschiedeten sie ein Paket zur besseren Finanzaufsicht. Dann widmete sich das Parlament den hohen Staatsschulden eini er Länder. Im September 2011 verabschiedete das Europaparlament sie ein Gesetzespaket zur Reform der EU-Wirtschaftsre ierun und am 12. März 2013 stimmten die EU-Ab eordneten dem "Two pack" zu. Mehr dazu in diesem Dossier.

Mit dem "Two pack" kann die EU-Kommission nationale Haushalte besser koordinieren und Wirtschaftspläne für Länder, die in Schwieri keiten sind, ausarbeiten. Das Europaparlament stellte jedoch sicher, dass die neuen Auf aben der Kommission demokratisch überprüft werden.

Vier Vorschlä e zielen darauf ab, den Wirtschafts- und Wachstumspakt der EU zu stärken und die nationalen Haushalte besser zu überwachen. Problematisch sind auch die unaus ewo enen Handelsbilanzen der Mit liedsländer, die Europas Wirtschaft destabilisieren. Zwei weitere Maßnahmenpakete konzentrieren sich auf unaus ewo enen Handelsbilanzen innerhalb der EU.

Das EU-Parlament entschied sich bereits im Juni 2011 für eine emeinsame Position, zö erte aber eine finale Abstimmun im Plenum heraus, um die Verhandlun en mit den Re ierun en der EU-Staaten nicht zu efährden. Mitte September 2011 eini ten sich die Verhandlun sführer von Parlament und Rat schließlich auf eine emeinsame Position.

Grünes Licht für das "Two Pack" zur wirtschaftspolitschen Steuerun

Die nächste Aufla e der EU-Re eln zur wirtschaftspolitischen Steuerun ("economic overnance") wird stärker auf die Förderun von Wachstum und Beschäfti un aus erichtet sein, und für eine bessere demokratische Kontrolle der neuen Befu nisse der Kommission zur Überwachun der Eurozonen-Haushalte sor en. Diese "Two Pack"-Vorschriften hat das Parlament am 12. März verabschiedet. Die neuen Re eln le en auch eindeuti e Verfahren für Staaten fest, die sich um EU-Finanzhilfen bemühen.

Die nächste Aufla e der EU-Re eln zur wirtschaftspolitischen Steuerun ("economic overnance") wird stärker auf die Förderun von Wachstum und Beschäfti un aus erichtet sein, und für eine bessere demokratische Kontrolle der neuen Befu nisse der Kommission zur Überwachun der Eurozonen-Haushalte sor en. Diese "Two Pack"-Vorschriften hat das Parlament am Diensta verabschiedet. Die neuen Re eln le en auch eindeuti e Verfahren für Staaten fest, die sich um EU-Finanzhilfen bemühen.

Die Ab eordneten, unter Leitun der Berichterstatter Jean-Paul Gauzès (EVP, FR) und Elisa Ferreira (S&D, PT), haben die ursprün lichen Ziele dieses Le islativpakets nicht rundle end verändert, aber viele Bestimmun en zur Förderun von Wachstum und Beschäfti un und zur Verbesserun von Transparenz und demokratischer Rechenschaftspflicht hinzu efü t.

Der Bericht von Jean-Paul Gauzès wurde mit 528 Stimmen verabschiedet, bei 81 Ge enstimmen und 71 Enthaltun en, und der Bericht von Elisa Ferreira mit 526 Stimmen, bei 86 Ge enstimmen und 66 Enthaltun en.

Bei der finanzpolitischen Konsolidierun das Wachstum nicht ver essen

Die Änderun santrä e des Parlaments sollen ewährleisten, dass die neuen Re eln wirtschaftliches Wachstum stärker fördern. Die Bewertun en der Haushaltsplanun en der einzelnen Länder durch die Kommission zum Beispiel müssen umfassender werden, um sicherzustellen, dass Haushaltskürzun en nicht auf Kosten von Investitionen mit Wachstumspotenzial durch eführt werden.

Wird ein Land auf efordert, seinen Haushalt stark zu kürzen, soll berücksichti t werden, dass hinreichende Mittel für rundle ende Politikbereiche wie Bildun und Gesundheit weiter zur Verfü un stehen müssen. Weiterhin sollen in außer ewöhnlichen Umständen oder im Fall eines schweren Wirtschaftsabschwun s die Fristen zur Verrin erun des Defizits flexibler an ewendet werden können.

Die Befu nisse der Kommission besser kontrollieren

Die Art und Weise, wie die Europäische Kommission ihr verstärktes Überwachun srecht ausübt, würde vom Europäischen Parlament und den Mit liedstaaten auch stärker kontrolliert werden, um bessere Verantwortlichkeit und Le itimität zu ewährleisten. Zum Beispiel wird das Recht der Kommission, zusätzliche Berichterstattun zu verlan en, alle drei Jahre erneuert werden müssen, wobei Parlament und Rat einer solchen Verlän erun widersprechen können.

Die Überwachun der Reformen in Ländern mit Wirtschaftsproblemen durch die

so enannte "Troika" (Kommission, EZB und IWF) wird auch stärker eprüft werden, um Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht zu verbessern.

Til un sfonds, "Eurobills" und Infrastrukturinvestitionen

Der letzte Teil der Eini un , auf den das Parlament besonderen Wert ele t hatte, beschäfti t sich mit der Fra e eines europäischen Til un sfonds.

In dem Kompromiss, der mit den Mit liedstaaten vereinbart wurde, wird die Kommission auf efordert, bei einer Experten ruppe eine detaillierte Analyse der mö lichen Vorteile, Risiken, Anforderun en und Hindernisse einer teilweisen Aus abe emeinsamer Schuldtitel anstatt der Aus abe nationaler Schuldtitel in Form eines Til un sfonds und von Euro-Anleihen ("Eurobills") in Auftra zu eben.

Die Experten ruppe wird ihre Schlussfol erun en bis zum März 2014 vorle en. Die Kommission muss diese dann überprüfen, und, wenn notwendi , vor Ende ihres Mandats entsprechende Vorschlä e ausarbeiten.

Nächste Schritte

Der Rat muss die Vorschriften nun formal verabschieden. Dann könnten sie mit dem Haushaltsjahr 2014 in den Ländern der Eurozone in Kraft treten.

Die Pressemitteilun wurde am 12. März verabschiedet.

Two Pack Abstimmun : Economic Gouvernance mit Weitblick

Die nächsten Le islativvorschlä e zur Wirtschaftssteuerun in der EU müssen verstärkt auf Wachstum aus erichtet sein und die neuen Kontrollbefu nisse der Europäischen Kommission über nationale Haushalte besserer demokratischer Kontrolle unterlie en, meinen die Ab eordneten am 13. Juni 2012 nach der Verabschiedun des so enannten "Two-Packs".

Die wichti sten Abänderun en des Kommissionsvorschla s betreffen das neue Kapitel über Staatsschuldtitel, eine teilweise Ver emeinschaftun der Schulden der Euro-Zone sowie den rechtlichen Schutz für Länder, die dem Risiko einer Zahlun sunfähi keit aus esetzt sind.

Die Abstimmun erfol te nach der Verabschiedun der beiden Gesetzesvorla en mit einer äußerst knappen Mehrheit durch den Wirtschafts- und Währun sausschuss. Erst die Abstimmun in der Vollversammlun stattet die Verhandlun steams des Parlaments mit dem entsprechenden Mandat zur Aufnahme von Verhandlun en mit den Mit liedstaaten aus.

Jean-Paul Gauzès (EVP, FR), der als Berichterstatter für jenen Text verantwortlich zeichnet, der die Re eln im Um an mit Ländern in roßen finanziellen Schwieri keiten festle t, erklärte, dass den von der Krise am meisten betroffenen Ländern viel erspart eblieben wäre, hätte es diese Vorschriften schon vor zwei Jahren e eben. Sie hätten klare und rechtzeiti e Interventionen ermö licht.

Elisa Ferreira (S&D, PT), Berichterstatterin des Textes, der die Verpflichtun en zur Finanzberichterstattun für Euro-Länder festle t, meinte, dass die neue Gesetz ebun in einen breiteren Kontext zu stellen wäre. "Alleini e Haushaltsdisziplin kann nicht das A und O unserer Strate ie sein. Wir müssen unsere kurzfristi en Zielvor aben revidieren, um Wirtschafswachstum einzubeziehen und den Teufelskreis hoher Zinsraten zur Schuldenfinanzierun zu durchbrechen", meinte Ferreira.

Schuldentil un sfond, Eurobonds und Infrastrukturinvestitionen

Die Position des Parlaments bereichert die Texte um konkrete Dimensionen des Wirtschaftswachstums und bietet eini e unmittelbare Lösun en zur Schuldenreduzierun . Allen voran sollte ein Schuldentil un sfonds ein erichtet werden, der Schulden aller Länder der Eurozone jenseits des Grenzwerts von 60 % ihres BIP umfasst. Diese Schulden belaufen sich derzeit auf rund 2,3 Mrd. Euro, die zu einem erin eren Zinssatz über einen Zeitraum von 25 Jahren zurückzuzahlen sind. Diese würden den Mit liedstaaten, die schwieri e Strukturreformen vornehmen müssen, eine ewisse Atempause verschaffen und dazu beitra en, der Spirale hoher Zinsraten, höherer Verschuldun und erin en Wachstums zu entkommen.

Mit Blick auf mittelfristi e Maßnahmen sollte die Kommission einen Monat nach Inkrafttreten der Gesetz ebun laut Vorschla auch einen Fahrplan zur Einführun von Eurobonds vorle en sowie einen Vorschla für ein Instrument zur Förderun nachhalti en Wachstums unterbreiten, mit dem über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich un efähr 1 % des BIP für Investitionen in Infrastrukturen mobilisiert werden kann. Dieser Änderun svorschla wurde mit knapper Mehrheit von 355 Ja-Stimmen e en 284 Nein-Stimmen bei 23 Enthaltun en an enommen.

Mehr Befu nisse, aber kein Blankoscheck für die Kommission

Die Ausübun erhöhter Machtbefu nisse durch die Kommission sollte von den Mit liedsstaaten und dem Parlament enauer überwacht werden, um Transparenz, Rechenschaftsle un und Le itimität zu ewährleisten. Die Befu nisübertra un an die Kommission müsste daher alle drei Jahre erneuert werden und wäre vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufbar.

Die außerordentlichen Befu nisse der Kommission e enüber Ländern, die vom Zahlun sausfall bedroht sind, werden in dem vom Parlament an enommen Text estärkt, unter anderem durch Anwendun der "um ekehrten Abstimmun mit qualifizierter Mehrheit". Dies bedeutet, dass die Kommission einem Land etwa Korrekturmaßnahmen empfehlen oder neue Pläne zur Schuldenreduzierun fordern kann und dieser Beschluss als an enommen ilt, so ihn der Rat nicht binnen 10 Ta en mit qualifizierter Mehrheit aufhebt.

Wachstum ist das Hauptziel

Beide Texte heben hervor, dass Haushaltskonsolidierun nicht zulasten von Wirtschaftswachstum ehen darf. Die länderspezifischen Haushaltsempfehlun en der Kommission müssten daher umfassender sein, um zu ewährleisten, dass Haushaltskürzun en nicht auf Kosten wachstumsfördernder Investitionen vor enommen werden.

Substantielle Sparmaßnahmen dürften vor allem nicht zulasten von Investitionen im Bildun s- und Gesundheitswesen erfol en, vor allem in jenen Ländern, die mit rößten finanziellen Schwieri keiten zu kämpfen haben. Zudem müsste die Kommission eventuellen Dominoeffekten politischer Weichenstellun en höhere Aufmerksamkeit widmen, um zu vermeiden, dass die Schwieri keiten eines Landes auf andere Eurozonenländer über reifen.

Die Mit liedstaaten würden zudem verpflichtet sein, das jeweili e Wachstums- und Beschäfti un spotential ihrer Investitionen detailliert dazule en. Der Terminkalender zur Reduzierun von Haushaltsdefiziten sollte jedoch unter besonderen Umständen oder bei Einbruch der Konjunktur flexibler ehandhabt werden.

Zuletzt unterstreicht der Text auch die Rechte der Sozialpartner und der Zivil esellschaft, zu den Empfehlun en der Kommission Stellun zu nehmen und bei der Ausformulierun der politischen Maßnahmen stärker einbezo en zu werden.

Rechtlicher Schutz vor Bankrott

Die Kommission würde unter der neuen Gesetz ebun auch dazu ermächti t, ein Land am Rande des Bankrotts unter rechtlichen Schutz zu stellen, um ihm mehr Klarheit, Stabilität und Vorhersehbarkeit zu verschaffen. So sich ein Land unter diesen rechtlichen Schutz be ibt, kann es nicht län er bankrott erklärt werden. Seine Gläubi er müssten sich binnen zwei Monaten bei der Kommission melden, und Zinssätze würden ein efroren.

Der Bericht Ferreira wurde mit 501 Ja-Stimmen e en 138 Nein-Stimmen bei 36 Enthaltun en an enommen. Der Bericht Gauzès wurde mit 471 Ja-Stimmen e en 97 Nein-Stimmen bei 78 Enthaltun en an enommen.

Diese Pressemitteilun wurde am 13. Juni 2012 veröffentlicht.

Parlament ibt rünes Licht für Reform der EU-Wirtschaftsre ierun

Mit lieder der Eurozone werden künfti Warnun en und Aufforderun en der EU-Kommission zur Korrektur ihrer Haushaltspolitik nicht einfach i norieren können. Der Le islativentscheid, der am 28. September 2011 im Parlament verabschiedet wurde, soll zudem dafür sor en, dass Länder mit schlechter Wirtschaftspolitik schneller eine Kursänderun vornehmen. Er verbessert Transparenz und Rechenschaftspflicht und verbessert die Datenerfassun für die Erstellun zuverlässi er Wirtschaftsstatistiken.

Wie vermutet, war die Abstimmun knapp. Die Mitte-Links-Fraktionen enthielt sich größtenteils der Stimme oder stimmten e en bestimmte Teile des Kompromissvorschla s. Grund dafür war die Befürchtun , dass das "Six-Pack" zu sehr auf eine Korrektur des Haushaltes abzielen würde, zum Nachteil von Wachstum und Beschäfti un .

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet hatte den Parlamentsunterhändlern eine Woche zuvor ratuliert, weil sie Versuchen widerstanden hätten, das Gesetzespaket zu verwässern. "Wenn ich das Abkommen mit den anfän lichen Vorschlä en ver leiche, ibt es substanzielle Verbesserun en. Dafür muss ich dem Parlament Lob zollen."

Mehr Details über das Abkommen sind auf der Webseite des EP-Pressedienstes in einer separat erschienenen FAQ verfü bar

Weni er Kuhhandel, mehr Verantwortun

Eini e Mit liedstaaten, an eführt von Frankreich, sind zwei Wochen vor der Abstimmun von ihrem Beharren ab erückt, dass eine Warnun an ein Land die Genehmi un des Rates benöti en würde. Die EU-Ab eordneten befürchteten, dass dies zu "Deals in Hinterzimmern" führen würde, in denen für die Länder die Notwendi keit zu Reformen ihrer Haushaltspolitik unter den Tisch fallen würde.

Stattdessen wird die neue Übereinkunft die Re ierun en der Eurozone dazu zwin en, eine Mehrheit im Rat aufzubrin en, um eine Warnun an ein Mit liedsland zu blockieren. Eine Re ierun kann sich auch nicht fürs Nichtstun entscheiden, denn solch eine Warnun wird in jedem Falle er ehen, wenn die Abstimmun nicht binnen zehn Ta en nach Kommissionsvorschla erfol t. Sollten die Re ierun en e en die Aussendun einer Warnun stimmen, müssen sie sich im Europäischen Parlament öffentlich dafür rechtferti en.

Öffentliche Anhörun en und makroökonomische Kontrolle

Die Parlamentarier haben auch das Recht errun en, Finanzminister von verwarnten Ländern zu Anhörun en einzuladen. Die Mit liedsländer hatten lan e darauf bestanden, dies zu verhindern.

Überdies haben die Mit lieder des Parlaments aus ehandelt, dass die Kommission bei der Suche nach Ursachen makroökonomischer Instabilität nicht nur Länder mit einem Handelsbilanzdefizit unter die Lupe nimmt, sondern auch solche, die Handelsbilanzüberschüsse aufweisen. Die Mit liedstaaten hatten anfan s darauf beharrt, dass nur die Staaten mit Handelsbilanzdefizit untersucht würden. Nach den an enommenen Re eln muss die Kommission die Mö lichkeit in Betracht ziehen, dass auch Länder wie Deutschland oder die Niederlande der Grund für Instabilität sein können. Dann könnten auch diese Länder zu Reformen auf efordert werden.

Weitere vom Parlament erreichte Verbesserun en

Neben den enannten Punkten wurden weitere Verbesserun en von den Ab eordneten durch esetzt. Eini e der wichti sten Verbesserun en sind:

- Kodifizierun des "Europäischen Semesters" (jährliche Abschätzun der nationalen Haushalte für wirtschaftliche Politik-Koordination) in den Rechtstexten, wodurch dieses Verfahren eine rechtliche Grundla e erhält. Dies wird dem Verfahren mehr Gewicht und Biss verleihen;
- Etablierun des rechtlichen Rahmens für die Kontrolle von nationalen Reformpro rammen;
- Mehr Rechte für die Kommission, der mehr Informationen übermittelt werden müssen, als ursprün lich vor esehen. Zudem die Mö lichkeit, Kontrollen in den Mit liedstaaten durchzuführen;
- Eine neue Geldstrafe (0,2 % des BIP) für verfälschte Statistiken in Bezu auf Daten über Defizite und Schulden;
- Eine Sanktion in Form einer zinspflichti en Einla e (0,1 % des BIP) für Mit lieder der Eurozone, falls ein Mit liedstaat es nicht schafft, den Empfehlun en zur Behebun von makroökonomischen Unaus ewo enheiten nachzukommen;
- Größere Unabhän i keit von Statistikämtern und emeinsame Standards für die Aufstellun von Statistiken;
- Gewährleistun der Rolle der Sozialpartner sowie der Systeme für die Lohnbildun .

Hinter rund: Das Sixpack in Kürze

Erstens ibt das "Six-Pack" dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SGP) mehr Biss, um Defizit- und Schuldenniveaus schon in einem früheren Stadium zu kontrollieren.

Zweitens zielt es darauf ab, dass Entscheidun strä er schnell handeln müssen, wenn die Gesundheit der Wirtschaft von makroökonomischen Un leich ewichten bedroht ist. Beispiele sind Immobilienblasen oder der Verlust der Wettbewerbsfähi keit. Diese beiden Ziele werden durch vorbeu ende Aktionen erreicht, vor allem durch Warnun en, aber auch durch korri ierende Aktionen in Form von Sanktionen.

Drittens sollen die Re eln auch sicherstellen, dass Statistiken für ute Haushaltspolitik und -überwachun zukünfti enauer sind. Das wird dadurch erreicht, dass sie unabhän i er erfasst werden.

Neben diesen drei Schlüsselpunkten ist das "Six-Pack" auf rund der Beharrlichkeit der Ab eordneten auch dafür aus ele t, Transparenz und Verantwortlichkeit auf allen Ebenen zu stärken und die Befu nisse der Kommission zu erweitern.

Abstimmun ser ebnisse (Ja/Nein/Enthaltun en)

Bericht Wortmann-Kool: 354/269/34 Bericht Feio: 363/268/37 Bericht Ferreira: 554/90/21 Bericht Goulard: 352/237/67 Bericht Ha lund: 394/63/206 Bericht Ford: 442/185/40 Verfahren: Mitentscheidun ; Konsultation; interinstitutionelles nichtle islatives Verfahren

Diese Pressemitteilun wurde am 28. September 2011 veröffentlicht.

Kompromiss bei Reform der EU-Wirtschaftsre ierun

Stren ere Kontrollen zur Vermeidun von Haushaltsdefiziten und wirtschaftlichen Un leich ewichten - das sind die wesentlichen Punkte der Reform der EU-Wirtschaftsre ierun . Nach zähen Verhandlun en eini ten sich EU-Parlament und Rat am 20.September auf einen Kompromiss, der am Mittwoch im EU-Parlament verabschiedet werden soll. Wir sprachen mit der Verhandlun sführerin des Parlaments, der niederländischen Christdemokratin Corien Wortmann-Kool.

Was hat das Parlament in den Verhandlun en erreicht?

Das Parlament hat eine viel stärkere Überwachun des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch esetzt. So können wir die Nachhalti keit öffentlicher Finanzen in den EU-Staaten sicherstellen und eine weitere Schuldenkrise wie in Griechenland vermeiden.

Einer der letzten Stolpersteine war die Forderun des EU-Parlaments nach Abstimmun en mit um ekehrter qualifizierter Mehrheit über Sanktionen e en Staaten, die ihre Schulden nicht ausreichend reduzieren [die Re ierun en der Eurozone müssen Empfehlun der EU-Kommission mit qualifizierter Mehrheit ablehnen, sonst werden diese automatisch an enommen]. Dieses Abstimmun sverfahren wird in Zukunft für alle Bereiche des Stabilitäts- und Wachstumspaktes an ewandt.

Das neue Gesetzpaket zur Wirtschaftsre ierun ist ein wichti er Beitra zur verbesserten Wettbewerbsfähi keit der EU, da es nicht nur dazu dient, untra bare Schuldenlast abzubauen, sondern auch starke Anreize für Reformen und Maßnahmen [zur Wachstumsförderun] setzt.

Warum sparen, wenn die Schulden der öffentlichen Hand nicht Auslöser, sondern Fol e der Krise sind?

Die Mit liedstaaten mit der umsichti sten Finanzpolitik und mit Wachstumsstrate ien haben bisher am besten ab eschnitten. Das zei t, dass finanzpolitische Stabilität zu Wachstum und Beschäfti un führt.

Wir sollten nun die notwendi en Sicherheitsvorkehrun en für unsere Finanzmärkte einführen, etwa die Schaffun eines europäischen Krisenmechanismus für den Bankensektor, und die europäische Finanzaufsicht weiter stärken. Dadurch würden die Finanzmärkte transparenter. Darüber hinaus untersuchen wir weitere Maßnahmen, wie eine Finanztransaktionssteuer und Eurobonds.

Wirtschaftliche Un leich ewichte resultieren aus übermäßi en Überschüssen und übermäßi en Defiziten. Warum werden aber nur Schuldenstaaten wie Griechenland und Spanien kritisiert und nicht die Länder mit Überschüssen?

Dem EU-Parlament ist es elun en, einen aus ewo enen Ansatz durchzusetzen, der sowohl Defizit- als auch Überschuss-Länder einbezieht. Dennoch sollten wir im Hinterkopf behalten, dass ein Politikwandel vor allem in den Staaten notwendi ist, die roße Leistun sbilanzdefizite haben und deren Wettbewerbsfähi keit stark zurück e an en ist.

Weiteres Vor ehen:

Der Kompromissvorschla wird am Monta im Wirtschaftsausschuss besprochen, am Mittwoch fol t dann voraussichtlich die Abstimmun im Plenum.

Es ibt allerdin s noch Meinun sverschiedenheiten zwischen den Fraktionen. So befürchten Ab eordnete der Sozialdemokraten, der Grünen und der Linken, dass der

Fokus auf Sparmaßnahmen zu Lasten von Wachstum und Beschäfti un eht.

Das Interview wurde am 26. September 2011 veröffentlicht.

EU-Wirtschaftsre ierun : EP le t seine Position vor Be inn des Europäischen Rates fest

Das Parlament hat seine Position zu sechs Vorschlä en zur Wirtschaftspolitischen Steuerun ("Economic Governance") der EU verabschiedet und eini e neue Vorschriften an enommen, die ehr eizi er sind als die ursprün lichen Kommissionsvorschlä e. Mehr Transparenz, stärkere automatische Warnun en und Sanktionen und neue Geldstrafen sind Teil der Vorschlä e. Die Mitte-Links-Fraktionen des EP warnten jedoch vor einem zu ri iden Sparkurs.

Teile des Pakets, insbesondere die, die sich auf die Stärkun des Stabilitäts- und Wachstumspakts beziehen, wurden nur mit knapper Mehrheit am 23. Juni 2011 im Europaparlament an enommen. Die S&D, die Grüne/EFA und die VEL//NGL Fraktion stimmten da e en, da ihrer Ansicht nach der Schwerpunkt zu sehr auf finanzpolitischer Kontrolle lie e sei und es für wichti e Investitionen, die für den lan fristi e Wachstum und Beschäfti un notwendi sind, zu weni Raum ebe. Die Teile des Pakets, in denen es um die Vorbeu un makroökonomischer Un leich ewichte in , wurden mit roßer Mehrheit an enommen.

Das Plenum hat über alle Änderun santrä e ab estimmt, jedoch die Schlussabstimmun über die le islativen Entschließun en verschoben um die weitere Mö lichkeit von Verhandlun en mit dem Rat zu haben. Die heute an enommenen Texte bilden nun die Position des Parlaments, die den Finanzministern und den Staats- und Re ierun schefs vor dem Europäischen Rat zu eht. Sie wird die Grundla e für Gespräche zwischen den Ab eordneten und den Mit liedstaaten sein, die das Ziel haben, so bald wie mö lich eine Übereinkunft zu erzielen und dann eventuell während der kommenden Plenarta un im Juli das Gesetzespaket in Erster Lesun verabschieden zu können.

Wichti e Punkte der Abstimmun über die eine Eini un erzielt wurde:

Die an enommenen Texte enthalten eine Reihe von neuen Punkten, über die in der letzten Verhandlun ssitzun mit der Un arischen Ratspräsidentschaft letzte Woche Eini un erzielt wurde. Sie beinhalten nicht den Vorschla des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom 20. Juni 2011, da dieser von den Berichterstattern als nicht ausreichend an esehen wurde. zu diesen Punkten ehören:

- Verstärkte Nutzun der „um ekehrten Abstimmun " (reversed qualified majority votin - RQMV), damit Warnun en und Sanktionen automatisiert werden. Hierbei eht es insbesondere um den Fall einer Erklärun , dass ein Mit liedstaat keine Korrekturen unternommen hat, um identifizierte makroökomomische Un leich ewichte auszu leichen.

- Mehr Transparenz durch die Veröffentlichun von mehr Texten und Diskussionen als ursprün lich eplant sowie durch die Einbeziehun des EP und der nationalen Parlamente, wenn Mit liedstaaten zur Rechenschaft ezo en werden.

- Kodifizierun des 'europäischen Semesters' in den Rechtstexten, wodurch dieses Verfahren eine rechtliche Grundla e erhält.

- Mehr Rechte für die Kommission, der mehr Informationen übermittelt werden müssen, als ursprün lich vor esehen und durch Mö lichkeit, Überwachun smissionen in den Mit liedstaaten durchzuführen.

- Eine neue Geldstrafe (0,5 % des GDP) für täuschende Statistiken in Bezu auf Daten über Defizite und Schulden.

- Größere Unabhän i keit von Statistikämtern

- Mehr Details über Indikatoren, die bei der Überprüfun von makroökonomischen

Un leich ewichten enutzt werden um zu ewährleisten, dass die Kommission nicht nur rein ökonomische Indikatoren berücksichti t, sondern auch die soziale Dimension im Blick behält.

- Gewährleistun der Rolle der Sozialpartner sowie der Systeme für die Lohnbildun .

- Revision der Klausel über Eurobonds (Eurosecurities). Bis Ende 2011 soll die Kommission einen Bericht und eventuell Rechtsvorschlä e erstellen.

Punkte über die es noch keine Eini un ibt, die jedoch vom EP an enommen wurden:

Obwohl es noch keine Eini un mit den Mit liedstaaten über die fol enden Punkte ibt, sind sie auch in den vom Plenum am 23. Juni 2011 an enommenen Berichten enthalten:

- Noch keine Eini un über automatische Erklärun en an die Mit liedstaaten, die Warnun en der Kommission über zu hohe Aus aben nicht beachten. Dieser Automatismus ist in den an enommenen Änderun en enthalten, da es als eine Mö lichkeit für die Auferle un von Sanktionen an esehen werden kann und somit ein wirklicher Anreiz für ein Land sein kann, um seine Situation zu verändern. Die an enommene Klausel verrin ert die Reichweite des von Deutschland und Frankreich an enommenen Deals von Deauville.

- Anhörun der Finanzminister im EP: Nach dem vom Parlament vor eschla enen Text würde das EP dem "betroffenen Mit liedstaat anbieten, an einer Aussprache teilzunehmen."

- Notwendi keit Länder mit hohen Leistun sbilanzüberschüssen (wie Deutschland) und Länder mit Leistun sbilanzdefiziten (Länder mit hohen Importen) zu betrachten, wenn die Gründe für makroökonomische Un leich ewichte evaluiert werden.

Diese Pressemitteilun wurde am 23. Juni 2011 veröffentlicht.

Krisen espräch: Wirtschaftliche Un leich ewichte in der EU

Ein Grund für die Euro-Krise sind die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der EU-Staaten. Mit einem Frühwarnsystem wollen die EU-Parlamentarier solche Un leich ewichte in Zukunft besser erkennen. Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen sollen die Wirtschaftskraft der esamten Eurozone fördern. Wir sprachen mit eini en beteili ten Parlamentariern.

Kommt es in einer Wirtschafts- und Währun sunion zu exzessiven Haushaltsdefiziten oder Handelsüberschüsse, dann werden vor allem Gerin verdiener unter Druck esetzt, sa t der Grieche Nikolas Chountis von der Fraktion der Linken. "Ein Beispiel ist die Situation der Arbeiter in den Randstaaten der EU, die von den Sparmaßnahmen betroffen sind. Genauso betroffen sind aber auch die Arbeiter in Deutschland, die Jahrzehntelan e mit sta nierenden Löhnen leben mussten."

Wer ist schuld?

Die Eurokrise lasse sich zwar nicht auf einen einzelnen Faktor reduzieren, findet der Liberaldemokrat Carl Ha lun aus Finnland. Die makroökonomischen Un leich ewichte hätten aber sicherlich zur Haushaltskrise eini er Staaten bei etra en. Portu al kämpfe beispielsweise schon seit Jahren mit niedri er Wettbewerbsfähi keit und das habe zur derzeiti en Krise bei etra en.

Sein bel ischer Kolle en Philippe Lamberts von den Grünen sieht die Schuld sowohl bei reichen wie auch bei armen Ländern. Immobilienblasen in Irland and Spanien sein enauso verheerend ewesen wie Unterschied bei der Wettbewerbsfähi keit zwischen Deutschland und Griechenland. Da zwei Drittel der deutschen Exporte in EU-Staaten ehen, subventioniert Griechenland de facto deutsche Exporte.

Was kann etan werden?

Um solche Un leich ewichte in Zukunft früher zu erkennen und zu bekämpfen, will der Italiener Herbert Dorfmann von der Europäischen Volkspartei in Zukunft Hauspreise, Exporttrends und öffentliche und private Schulden überwachen. "Wir werden dann sehen, ob sich etwas in die falsche Richtun bewe t."

Die portu iesische Ab eordnete Elisa Ferreira aus der sozialdemokratischen Fraktion fordert, dabei aber auch Sozialaus aben eines Staates anzurechnen. "Wenn die EU-Kommission die Wirtschaftsleistun eines Landes beurteilt, muss sie auch soziale Faktoren wie Arbeitslosi keit oder Bildun saus aben berücksichti en."

Wer ist von den Reformen betroffen?

Wirtschaftliche Un leich ewichte der Mit liedstaaten anzu ehen habe nichts damit zu tun, den Staaten oder ihren Bür ern schmerzliche Maßnahmen aufzuerle en oder Staaten zu bestrafen, die ohnehin schon unter roßem Druck stehen, betonte Carl Ha lund.

Die Un leich ewichte müssten so korri iert werden, dass vor allem die Verursacher der Krise etroffen würden, fordert Nikolaos Chountis. "Das sind die Banken und Unternehmen, die Griechenland in riesi e Schulden estürzt haben."

Warum sind Überschüsse problematisch?

Überwacht werden sollen nicht nur Defizitsünder wie Griechenland, sondern auch Staaten mit Überschüssen wie Deutschland. "Überschüsse weisen oft auf schwache Binnennachfra e in diesen Ländern hin", erklärte Elisa Ferreira.

Einen Grund für die Zurückhaltun deutscher Konsumenten sieht der Bel ier Lamberts bei den Löhnen. "In Deutschland sind die Arbeitskosten künstlich niedri ehalten worden.

Viel von den Überschüssen ist deshalb auf Kosten der Arbeitnehmer zustande ekommen."

Gleichzeiti habe es Deutschland aber eschafft, seine Exporte über ute Produkte zu fördern. Es ehe also nicht nur um die Senkun von Arbeitskosten, sondern auch um die Schaffun von Werten. "Es ibt nicht nur schwarz und weiß, das Verhalten aller Mit liedstaaten hat ute und schlechte Seiten."

"Die anze Debatte zwischen den Staaten hat miss ünsti e Zü e", kritisierte Lamberts. "Wir müssen erkennen, dass wir die Verantwortun emeinsam tra en. Zwar auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maß, aber niemand kann sich für perfekt erklären und alle Schuld den anderen zuschieben."

EU-Parlament: Hitzi e Debatte über Schulden- und Defizitre eln

Mitte April verabschiedeten die EU-Ab eordneten im Wirtschaftsausschuss mit knapper Mehrheit ein sechsteili es Maßnahmenpaket der EU-Kommission zur Reformen der europäischen Wirtschaftspolitik. Umstritten war, ob die stren en Sparaufla en nicht das Wirtschaftswachstum in Europa abwür en könnten.

Soll die EU noch mehr Geld sparen und ihren Mit liedern noch weni er Freiraum lassen? Oder riskieren wir damit sinkende Steuereinnahmen und eine weitere Wirtschaftskrise? Um die Debatte besser zu verstehen, fra ten wir Vertreter der unterschiedlichen politischen Fraktionen im Parlament nach ihrer Meinun .

Warum sind hohe Schulden und Defizite in den EU-Staaten problematisch?

Die konservative britische Ab eordnete Vicky Ford, zuständi für den Bericht zur besseren Kontrolle der Staatshaushalte, verweist auf den teuren Schuldendienst. "Wenn es Bedenken ibt, ob ein Staat seine Schulden zurückzahlen kann, stei en seine Zinsen für neue Kredite." In einem emeinsamen Währun sraum sei das ein noch rößeres Problem: "Griechenland ist an einen Zinssatz ebunden und kann seine Währun nicht abwerten, um seine Wettbewerbsfähi keit zu erhöhen und Schulden durch Inflation zu verrin ern."

Der portu iesische Ab eordnete der Europäischen Volkspartei, Dio o Feio sieht einen Zusammenhan zwischen Schulden und Wachstum. Er betonte, dass "sich in der jün sten Ver an enheit ezei t hat, dass Mit liedstaaten, die die niedri sten Schulden und Defizite haben, ein höheres Wirtschaftswachstum haben." Als parlamentarischer Berichterstatter arbeitet Feio an den Kommissionsvorschlä en zum Um an mit ausufernden Staatschulden.

Warum haben die alten Re eln nicht funktioniert?

Für die Niederländerin Corien Wortmann-Kool (Europäische Volkspartei) be annen die Probleme als Deutschland und Frankreich 2003 un eahndet die Haushaltsre eln brachen. "Von da an war es schwieri , andere Staaten zu Haushaltsdisziplin zu brin en." Als Berichterstatterin untersucht Wortmann-Kool die Vorschlä e zur besseren Koordinierun der europäischen Wirtschaftspolitik.

Gefährden die Sparmaßnahmen das Wirtschaftswachstum?

Nein, sa t die französische Liberaldemokratin Sylvie Goulard. Sparmaßnahmen und seien mit Zukunftsinvestitionen vereinbar. "Es muss allerdin s eine faire Verteilun der Lasten eben zwischen reicheren und ärmeren Teilen der Bevölkerun ." Goulard verantwortet den Bericht zur Haushaltsüberwachun in der Eurozone.

Die Niederländerin Wortmann-Kool stimmt ihr zu. "Die öffentlichen Schulden sind für die Mit liedstaaten ein Klotz am Bein. Die Zinsen bremsen das Wirtschaftswachstum."

"Das Gleich ewicht zwischen Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum muss efunden werden", räumt die Britin Ford ein. Die Krise lasse sich aber nicht einfach durch estei erte Staatsaus aben bewälti en.

Der deutsche Sozialdemokrat Udo Bullmann widerspricht dieser Ansicht. "Wir befürchten, dass es einzelne Staaten und am Ende die esamte europäische Wirtschaft ruiniert, wenn wir nur über die Peitsche und nicht übers Zuckerbrot reden." Auch müsse zwischen Geldverschwendun und sinnvollen Zukunftsinvestitionen unterschieden werden.

Sind Strafzahlun en sinnvoll?

Strafen sind sinnvoll, findet die Britin Ford, wenn sie richti an ewendet werden. "Die

Strafen werden nicht fälli , weil Staaten ein finanzielles Problem haben, sondern nur, wenn sie nichts e en diese finanziellen Probleme unternehmen."

Für die Französin Goulard kommen Strafen meist zu spät. "Wir müssen deutlich machen, dass die Re eln respektiert werden müssen. Dafür brauchen wir Sanktionen zur Abschreckun . Wir müssen in einem frühen Stadium ein reifen, um robe Re elverletzun en zu vermeiden."

Der Portu iese Feio will Strafen vermieden. Probleme sollten früh entdeckt und sofort korri iert werden, "weil die Zukunft der EU in Stabilität und Wachstum aller und nicht nur einzelner Mit liedstaaten lie t".

Was kann die Öffentlichkeit tun?

Wichti er als Strafen findet Goulard öffentlichen Druck. "Es muss eine renzüberschreitende öffentliche Diskussion eben, wenn Korrekturen noch einfach mö lich sind. Der e enseiti e Druck hinter verschlossenen Türen hat nicht funktioniert und war ein Misserfol ." Auch die Britin Ford hält öffentliche Verwarnun en und Empfehlun en für hilfreich.

Wie eht es weiter?

Der Portu iese Feio erwartet lan wieri e Verhandlun en mit EU-Kommission und EU-Rat. "Ich laube aber, dass wir einen an emessenen Kompromiss finden."

Der Sozialdemokrat Bullmann ist weni er optimistisch. "Ich bin völli unzufrieden mit dem, was auf dem Tisch lie t. Im Moment ist das Gesetzespaket un erecht und ineffektiv." Die Sozialdemokraten würden weitere Vorschlä e einbrin en, "um zu verhindern, dass ein reines Sparkonzept verwirklicht wird".

Im April 2011 veröffentlicht.

Wirtschaftskrise: Ab eordnete fordern harte Strafen für Defizitsünder

Die wirtschaftliche Erholun in der EU nach der Krise macht Mut, noch ist Europa aber nicht über den Ber . Die EU-Ab eordneten arbeiten daher nach wie vor an Maßnahmen, um ähnliche Krisen in Zukunft zu vermeiden. Am Diensta beschlossen sie im Wirtschaftsausschuss stren ere Sanktionen bei übermäßi er Verschuldun .

Die Ab eordneten wollen die Ursachen der Wirtschaftskrise bekämpfen, um ähnliche Einbrüche in Zukunft zu vermeiden und die wirtschaftliche Erholun in Europa voranzubrin en. Dabei eht es vor allem um den Abbau wirtschaftlicher Un leich ewichte in Europa und die Reduzierun der Schuldenber e eini er Mit liedstaaten.

Die Ab eordneten hatten einen Entwurf der Kommission um mehr als 2000 Änderun svorschlä e er änzt und fordern nun deutlich stren ere Re eln für den Um an mit Staatsschulden.

Hier die Vorschlä e im Überblick:

- Die Kommission soll nationale Defizite in Zukunft besser überwachen und sanktionieren können.
- Staaten, die ihre Bilanzen mit falschen Statistiken oder Berichten schönen, sollen eine Strafe von 0,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts bezahlen.
- Wenn Staaten auf EU-Empfehlun en zum Abbau hoher Defizite oder Handelsüberschüsse nicht rea ieren, sollen Strafen dafür früher reifen als bisher. Bei der ersten Mahnun werden 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fälli , danach 0,3 Prozent.
- Der Rat soll über Strafen für Re elverstöße öffentlich beraten. Nur in Krisensituationen dürfen die Verhandlun en hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Dia nose: Un leich ewichte und Schulden führten in Krise

Die Wirtschaftskrise traf die EU aus zwei Gründen extrem schwer: explodierende Schulden und wirtschaftliche Un leich ewichte zwischen den Mit liedern der EU.

Einerseits aben viele Staaten mehr Geld aus als sie einnahmen, etwa um Löhne, Investitionen und Sozialleistun en zu finanzieren. Dafür mussten sie Schulden bei Banken aufnehmen. Als einzelne Staaten zu viele Schulden auf ehäuft hatten und die Wirtschaftskrise sich ausbreitete, befürchteten die Banken, auf ihren Schulden sitzenzubleiben und verliehen kein Geld mehr. Die EU musste mit Notkrediten einsprin en.

Zum anderen ibt es in der EU wirtschaftliche Un leich ewichte: Staaten wie Deutschland erwirtschaften roße Überschüsse aus dem Außenhandel, während andere wie Griechenland oder Portu al hohe Handelsdefizite einfahren. Staaten mit Defiziten „leihen“ also Kapital von Staaten mit Überschüssen. Das muss nicht unbedin t über staatliche Transaktionen eschehen, sondern ilt auch für deutsche Banken, die etwa in Immobilien in Irland oder Spanien investieren. Durch solch einseiti e Finanzströme entstehen Spekulationsblasen. Platzen diese Blasen, müssen die Re ierun en die Banken mit Steuer eldern retten und es kommt zu hohen Staatsschulden. Auch hier muss die EU mit Notkrediten aushelfen.

Abhilfe: Abbau von Un leich ewichten und Strafen für Defizite

In den Ausschüssen des Europäischen Parlaments werden derzeit ins esamt sechs Gesetzesvorschlä e zu diesem Thema verhandelt. Vier davon beschäfti en sich mit Defiziten und Schulden und sollen den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt

stärken. Zwei weitere Gesetzesvorschlä e fordern zum ersten Mal die Überwachun esamtwirtschaftlicher Un leich ewichte.

Um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken, soll die Schulden renze (60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) wichti er werden. Bisher la der Fokus mehr auf der Neuverschuldun s renze (drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr).

Abstimmun en über Sanktionen für Verstöße e en diese Re eln (Strafzahlun en von 0,2 bis 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) sollen einer neuen Lo ik fol en: Bisher musste eine qualifizierte Mehrheit Sanktionen zustimmen, in Zukunft soll eine qualifizierte Mehrheit notwendi sein, um Sanktionen abzulehnen. Damit würde ein halbautomatischer Sanktionsprozess ein eführt.

Die Europäische Zentralbank kritisiert, dass die Mit liedstaaten nicht enu etan haben, um dem Stabilitäts- und Wachstumspakt umzusetzen. Sie hofft daher, dass das EU-Parlament stren ere Re eln für Staatsschulden und -defizite unterstützt. Eini e Mit liedstaaten aber wehren sich e en den wachsenden Einfluss der Kommission und automatische Sanktionen.

Auch sollen Indikatoren für wirtschaftliche Un leich ewichte stren er überwacht werden. Wenn Un leich ewichte erkannt werden, sollen Empfehlun en aus esprochen werden, um sie abzubauen. Werden die Empfehlun en von den Mit liedsstaaten nicht beachtet, soll es ähnlich wie beim Stabilitäts- und Wachstumspakt zu Sanktionen kommen.

Der Artikel wurde am 26. April 2011 veröffentlicht.